

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Betriebsausschusses Umweltbetrieb**  
**am 04.09.2019**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 19:25 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Thorsten Kirstein

Frau Carla Steinkröger

Herr Frank Strothmann

Herr Werner Thole

Herr Detlef Werner

Vorsitzender

SPD

Frau Dorothea Brinkmann

Herr Norbert Gerth

Herr Ole Heimbeck

Frau Regina Klemme-

Linnenbrügger

Frau Anne Catrin Rudolf

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Gerd-Peter Grün

Herr Rainer-Silvester Hahn

Frau Hannelore Pfaff

FDP

Herr Rainer Seifert

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Bürgernähe/Piraten

Herr Martin Schmelz

von 17:06 bis 19:00 Uhr

Von der Verwaltung:

Herr Kaschel

Stadtkämmerer

Frau Stücken-Virnau

UWB, Erste und Techn. Betriebsleiterin

Herr Rubel

UWB, Kaufm. Betriebsleiter

Frau Gertsen

UWB, Leiterin Geschäftsbereich Finanzen

Herr Strathmann

UWB, Leiter Geschäftsbereich Stadtentwässerung

Herr Eweler

UWB, Leiter Geschäftsbereich Stadtgrün und Friedhöfe

Frau Wilmes

UWB, Schriftführerin

Von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RSM GmbH (TOP 1.1 und 3.1):  
Herr Stoffers

Zuhörer/-innen in nichtöffentlicher Sitzung:

Frau Marten           UWB, Öffentlichkeitsarbeit  
Herr Funke            Amt für Finanzen (TOP 1)

**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vor Eintritt der Sitzung stellt Herr Werner fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Er weist darauf hin, dass die Sitzung des BUWB am 09.10.2019 in der Kantine des Umweltbetriebes, Haus C, Eckendorfer Straße 57, 33609 Bielefeld, stattfinden werde.

Er stellt Frau Marten vor, die für den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit / Marketing im Umweltbetrieb verantwortlich sei. Frau Marten werde zukünftig gelegentlich an den Sitzungen des Betriebsausschusses teilnehmen.

Herr Werner stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

**Nichtöffentliche Sitzung:**

**Zu Punkt 1           Jahresabschluss 2018**

**Zu Punkt 1.1       Schlussbesprechung des Jahresabschlusses 2018 (Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RSM GmbH)**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer:

Herr Werner begrüßt Herrn Stoffers von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RSM GmbH.

Herr Stoffers stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Eckdaten des Jahresabschlusses für das Jahr 2018 vor. Als Gesamtergebnis erteilt er einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. (Hinweis: Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.)

Herr Stiesch bittet, die Jahresabschlussberichte zukünftig frühzeitiger zur Verfügung zu stellen, da eine Woche vor der Sitzung für die Sichtung der umfangreichen Unterlagen knapp sei.

Er fragt zu Anlage 7/1, ob das Krematorium in Bielefeld-Brackwede/ Senne gemeint sei, das einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 86 erzielt habe.

Des Weiteren interessiere ihn, wie es kommen könne, dass die Kosten für die Instandhaltung von Grünanlagen um T€ 63 gesunken seien (vgl. S 15), da zuletzt darauf hingewiesen wurde, dass die zu pflegenden Flächen größer werden und der Pflegeaufwand steige.

Im Haushaltskonsolidierungsplan seien Mehreinnahmen im Bereich der Parkentgelte für den Tierpark Olderdissen festgelegt worden. Er fragt, ob die Vorgabe erfüllt worden sei.

Frau Gertsen erläutert, dass der Jahresüberschuss des Krematoriums in Bielefeld-Brackwede/Senne (auf dem Gelände des Sennefriedhofs) in Höhe von T€ 86 nicht an den Umweltbetrieb ausgeschüttet worden, sondern der Rücklage der Gesellschaft zugeführt worden sei.

Sie bestätigt außerdem, dass die zu erwartenden Mehreinnahmen im Tierpark durch die Anhebung der Parkgebühren von 1 € auf 2 € erzielt werden konnten.

Herr Eweler antwortet zu den Kosten der Instandhaltung von Grünanlagen, dass der Umweltbetrieb zur Erfüllung der Aufgabe Einnahmen vom Immobilienservicebetrieb erhalte. Diese vereinnahmten Mittel würden immer in gleicher Höhe wieder verausgabt.

Frau Brinkmann bittet, den Jahresabschlussbericht zukünftig im Vorfeld auch elektronisch zur Verfügung zu stellen und ihn doppelseitig zu drucken.

In Anlage 4, Seite 59 werde darauf hingewiesen, dass die Novelle der Friedhofsgebühren im Jahr 2019 dem Rat der Stadt Bielefeld zur Beschlussfassung vorgelegt werden solle. Sie fragt, wie der Stand bezüglich der Anpassung der Zuweisungen aus dem Haushalt zum öffentlichen Grünanteil sei.

Es werde außerdem darauf hingewiesen, dass der Umweltbetrieb beabsichtige, sich um den Auftrag der Dualen Systeme zu bewerben (Anlage 4, Seite 61). Sie bittet, auch diesbezüglich um eine Information zum aktuellen Sachstand.

Frau Stücken-Virnau antwortet zum Thema Friedhofsgebühren, dass die Kommunalagentur um Beratung gebeten worden sei, um die Friedhofsgebühren neu zu berechnen. Es solle noch in diesem Jahr eine entsprechende Beschlussvorlage in die politischen Gremien eingebracht werden. Neben den Aussagen zur Neukalkulation der Friedhofsgebühren seien auch Ausführungen zum Anteil des öffentlichen Grüns auf Friedhöfen zu erwarten.

Das Ergebnis der Ausschreibung der Dualen Systeme habe zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes noch nicht vorgelegen. Inzwischen habe der Umweltbetrieb den Zuschlag erhalten. Dazu liege auch eine Mitteilung für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor.

Herr Werner dankt Herrn Stoffers für den Bericht und verabschiedet ihn nach 5 Jahren der Zusammenarbeit.

**Beschluss:**

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

Herr Werner stellt die Öffentlichkeit der Sitzung her.

**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr Werner begrüßt Herrn Kaschel, der Frau Ritschel als für den Umweltbetrieb zuständige Beigeordnete bis zum 28.02.2020 vertreten werde.

**Öffentliche Sitzung:**

**Zu Punkt 2** **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 43. Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes am 26.06.2019**

Es werden keine Einwände erhoben.

**Beschluss:**

Die Niederschrift wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen. -

**Zu Punkt 3** **Jahresabschluss 2018**

**Zu Punkt 3.1** **Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2018 des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld und Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses**

**Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 8807/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der BUWB folgenden

**Beschluss:**

1. Der Betriebsausschuss des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld stellt die Entlastung der Betriebsleitung fest.
2. Der Betriebsausschuss des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:
  - 2.1 Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt vom Ergebnis der von der

**Wirtschaftsprüfungs-gesellschaft RSM GmbH vorgenommenen Pflichtprüfung des Umweltbetriebs der Stadt Bielefeld für das Geschäftsjahr 2018 Kenntnis und stellt den Jahresabschluss mit einer Bilanzsumme von 680.462.687,20 € (Anlage 2) und einem Jahresüberschuss in Höhe von 13.064.957,88 € (Anlage 3) in der geprüften Form fest. Der Jahresgewinn ist entsprechend der Sparten-Ergebnisse gem. Anlage 1 zu verwenden.**

**2.2 Der Rat stellt die Entlastung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebs der Stadt Bielefeld fest.**

**- einstimmig beschlossen -**

**Zu Punkt 4**      **Mitteilungen**

Herr Werner verweist auf die schriftlichen Mitteilungen zur „Stadtbildpflege“, zu den „Baumbewässerungen“ und zur „Geplanten Unterschutzstellung des Sennfriedhofs“.

Frau Brinkmann fragt, ob die Unterschutzstellung des Sennfriedhofs ein Problem für den Umweltbetrieb darstellen würde.

Frau Stücken-Virnaue verneint dies.

**Beschluss:**

**- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -**

**Zu Punkt 5**      **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

**Zu Punkt 6**      **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

**Zu Punkt 7**      **Aktuelle Entwicklungen aufgrund der Trockenheit im Stadtwald - mündlicher Bericht**

Herr Linnemann zeigt in einer Präsentation die aktuelle Waldschadenssituation aufgrund der Trockenheit 2018 und 2019 im Stadtwald auf (Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.)

Herr Werner dankt Herrn Linnemann für den Bericht. Die Bilder und Aussagen zu der Entwicklung des Stadtwaldes seien erschreckend. Das Thema müsse von allen Fraktionen aufgegriffen und diskutiert werden. Er fragt, welche Auswirkungen es habe, dass der Einsatz von chemischen Spritzmitteln gegen den Borkenkäfer reduziert werde. Zudem interessiere ihn, wie ein Gesamtkonzept aussehen könne, mit dem es mög-

lich sei, die Wälder zu erhalten.

Herr Linnemann erläutert, dass das Spritzen ein hilfreiches Mittel gegen die Käfer sei, wenn der Befall nicht zu groß sei. Derzeit gebe es aber so viele Käfer in den Waldflächen, die chemisch nicht eingegrenzt werden könnten, so dass es nicht helfe, die Polter am Wegesrand zu spritzen. Der Umweltbetrieb sei zz. noch in der glücklichen Situation, das Heizkraftwerk der Stadtwerke Bielefeld in Anspruch nehmen zu können. Große Teile des vom Käfer befallenen Holzes könne dort vermarktet werden. Darüber hinaus funktioniere der Export von frisch befallenem Holz nach China derzeit noch gut. Wie lange der Export noch möglich sei, sei nicht einschätzbar und kalkulierbar.

Es würden ständig Überlegungen angestellt, wie mit der Situation umgegangen werden könne. Derzeit verändere sich die Lage allerdings wöchentlich, da immer neue Freiflächen entstehen. Die betroffenen Flächen würden im Einzelnen dahingehend betrachtet, ob sie aufgeforstet werden müssen. Sofern dies erforderlich sei, würde an zugekauften oder in eigenen Waldflächen gewonnenen Pflanzen das gepflanzt, was möglich sei. Darüber hinaus würden die im Rahmen des Projektes der Solidargesellschaft mbH der Stiftung Solidarität eingesetzten Personen helfen, die Naturverjüngung zu fördern. Es würden aber auch weitere Optionen geprüft, wie die freigewordenen Flächen wieder begrünt werden können.

Herr Stiesch fragt, wie die Natur mit der Trockenheit umgehen würde. Ihm sei bekannt, dass sich Wälder nach Waldbränden auch eigenständig regenerieren könnten.

Herr Linnemann erläutert, dass Waldbrände in der Entwicklung der hiesigen Waldflächen und Waldgesellschaften bisher keine Rolle gespielt haben. Anders sei dies in den USA mit den Kiefernbeständen, die Feuer brauchen, damit Samen frei werden. Die hiesigen Waldbestände würden sich durch den weiten Anflug von Samen leicht fruchtiger Baumarten regenerieren.

Auch ohne weitere Aktivitäten würde auf allen Freiflächen wieder Vegetation entstehen. Möglicherweise wären dies dann allerdings keine geschlossenen Waldflächen, sondern kraut- und strauchreiche Flächen. Es sei aber wichtig, auf diesen Flächen Waldbestände zu entwickeln. Die Gesellschaft benötigt Baumarten, die auch als Bau- oder Möbelholz genutzt werden können. Zudem könne über natürliche Sukzession eine natürliche Begrünung mit Weide, Birke oder Pappelarten entstehen. Dies würde jedoch lange Zeiträume in Anspruch nehmen. In Teilen werde eine natürliche Sukzession zugelassen, da die Vielzahl an Flächen andernfalls nicht handelbar wäre. Das Personal in der Forstverwaltung sei in den letzten Jahrzehnten erheblich reduziert worden.

Insgesamt werde versucht, Mischbestände zu erzielen, die wesentlich stabiler gegenüber Kalamitäten wie Trockenheitsphasen und Stürme seien und die für nachfolgende Generationen nutzbares Holz liefern.

Frau Brinkmann nimmt Bezug auf den Hinweis, dass 5.000 Festmeter Holz noch nicht abgefahren worden seien. Sie fragt, ob dies in der fehlenden Nachfrage begründet sei oder personelle Engpässe dafür verantwortlich seien.

Herr Linnemann erklärt, dass das Holz an die Sägewerke verkauft werden könne. Die Kapazitäten der Transportunternehmen und die Aufnah-

memöglichkeiten der Sägewerke seien jedoch erschöpft.

Frau Klemme-Linnenbrügger fragt, ob es natürliche Fressfeinde des Borkenkäfers gebe oder ob biologische Möglichkeiten vorhanden seien, um den Käfer zu bekämpfen.

Herr Linnemann antwortet, dass einige Spechtarten, einige Singvogelarten, Baumläufer und Insekten natürliche Feinde des Borkenkäfers seien. Der größte Feind sei jedoch eine geeignete Witterung in Form von nassen Wintern mit wechselnden Temperaturen und hoher Feuchtigkeit insbesondere auch in den Vegetationszeiten, sodass die Fichten genügend Harz ausbilden, um den Borkenkäfer abzuwehren.

Frau Pfaff fragt, was mit den aufgesaugten Eichenprozessionsspinnern geschehe. Sie plädiert zudem dafür, dass vor dem Hintergrund der kritischen Lage noch mehr darauf geachtet werde, im Stadtgebiet aus optischen Gründen keine Bäume mehr zu fällen.

Herr Linnemann erläutert zu den Eichenprozessionsspinnern, dass die Beutel, in die sie eingesaugt werden, in der Müllverbrennungsanlage verbrannt werden.

Herr Heimbeck teilt mit, dass er im letzten Jahr beobachtet habe, dass relativ jung gepflanzte Bäume (Höhe ca. 3-4 Meter) vertrocknet seien. Er fragt, ob die neugepflanzten Bäume bei der Trockenheit überleben können.

Ihn interessiere außerdem, ob bei starken Niederschlagsereignissen die Gefahr bestehe, dass auf den Kämmen die Humusschicht heruntergespült werde, wenn dort immer mehr Bäume absterben.

Herr Linnemann teilt mit, dass beispielsweise in Altenhagen die Buchenverjüngung anfängt zu vertrocknen. Wenn man das Stadtgebiet insgesamt betrachte, könne man aber guter Hoffnung sein, dass die Buchen- naturverjüngung und die Naturverjüngung anderer Baumarten gelingen werde. Er gehe derzeit davon aus, dass die jungen Bestände die Trockenheit überstehen könnten. Mehr Sorge würden ihm die Altholzbestände machen. Die einzige Gegenmaßnahme würde theoretisch darin bestehen, die Bäume zu bewässern. Dies sei aufgrund der Größe der Fläche jedoch nicht leistbar.

Wenn die Kuppenbereiche phasenweise frei von Bäumen seien, seien sie nicht zwangsläufig vegetationsfrei. Er glaube daher nicht, dass starke Niederschläge zu besorgniserregenden Erosionen führen werden.

Herr Strothmann fragt, ob es tatsächlich sinnvoll sei, dass befallene Holz zu exportieren und ob es nicht besser wäre, es in Heizkraftwerken zu verbrennen.

Herr Linnemann antwortet, dass man geteilter Meinung diesbezüglich sein könne. Durch den Export von Fichtenholz würden derzeit höhere Einnahmen erzielt, als es durch den Verkauf an die Stadtwerke zur Verbrennung möglich wäre. Zudem seien die Kapazitäten der Stadtwerke nicht unbegrenzt, sodass nicht alle befallenen Holzbestände an die Stadtwerke verkauft werden könnten. Darüber hinaus werde Fichtenholz exportiert, weil es in Chinagebraucht werde. Würde es China nicht aus Europa erhalten, würden andere Länder dorthin exportieren und es müss-

te zu diesem Zweck dort geschlagen werden.

Herr Schmelz fragt, ob in Bielefeld – wie in anderen Kommunen – Anlass dafür gesehen werde, private Waldbesitzer aufzufordern, Fichten zu fällen.

Herr Linnemann teilt mit, dass der Landesbetrieb Wald und Holz bei den Privatwaldflächen aktiv sei. Er halte es nicht für erforderlich, dort nachzuhaken. Was nicht über den Landesbetrieb gesteuert werde, seien beispielsweise abgestorbene Nadelhölzer in Privatgärten, die entlang von Straßen stehen. Hier wäre es schön, wenn die Verkehrssicherungspflicht für die handelnden Personen reduziert würde. Diese Frage müsse allerdings auf Bundesebene geklärt werden.

Frau Steinkröger fragt, ob die Traubenkirsche durch die Entwicklung überhandnehmen werde. Sie bittet auch zu erläutern, warum Pappeln eingesetzt würden, die üblicherweise den Boden entwässern. Außerdem interessiere sie, ob die Maßnahme der natürlichen Waldverjüngung bei der Trockenheit überhaupt wirkungsvoll sei.

Herr Linnemann erklärt, dass die Traubenkirsche schon immer bekämpft wurde, da sie sich in den Kiefernbeständen nur strauchartig entwickle und daher eine Verjüngung der Waldbaumarten verhindere. Sie werde auch weiterhin bekämpft, da sie unter der Trockenheit bisher nicht leide. Die Pappel benötige Wasser, sei aber auch eine Pionierbaumart, die mit leichtem Samen Flächen besiedele. Die Zitterpappel sei u.a. eine Art, die in der Lage sei, auf trockenen Standorten zu wachsen und daher zugelassen werde. Es gehe nicht darum, große Pappelbestände anzulegen, sondern Bäume anzupflanzen, die unter den aktuellen Gegebenheiten wachsen können.

Er setze große Hoffnung in die Maßnahmen zur Naturverjüngung. Die meisten Flächen (z. B. Holundergrund) hätten sich gut entwickelt, obwohl die Fichten herausgenommen worden seien.

Herr Werner bittet, dass zeitnah ein Konzept vorgelegt werde, mit welchen Maßnahmen der Entwicklung entgegengewirkt werden könne. Außerdem müsse thematisiert werden, was die Stadt dazu beitragen müsse.

Herr Linnemann erläutert, dass versucht werde, Waldbestände über Durchforstungsmaßnahmen zu stabilisieren, das heißt den Einzelbaum zu stärken, sodass dieser über mehr Wasser und Nährstoffe verfügt und in dem Zuge auch Naturverjüngung gefördert werde. Wie mit den Freiflächen umgegangen werde, werde im Ausschuss berichtet.

Da sich die Situation aufgrund der Trockenheit derzeit noch gravierend weiterentwickeln werde, sei es aktuell nicht möglich, ein Konzept zu erstellen, weil es ständig überarbeitet werden müsste. Ende des Herbstes müsse eine Bestandaufnahme gemacht und anhand dessen in den Wintermonaten ein Konzept erarbeitet werden.

Herr Werner stellt fest, dass der Ausschuss mit dem Vorgehen einverstanden ist.

### **Beschluss:**

**- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -**



## Zu Punkt 8

### **Waldfriedhof Sennestadt – Neuplanung des südlichen Teil des Friedhofs**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9082/2014-2020

Frau Hennen zeigt eine Präsentation zur Neuplanung des südlichen Teils des Waldfriedhofs Sennestadt (Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 3 beigefügt.).

Herr Werner dankt für den Vortrag und weist darauf hin, dass im Zusammenhang mit der Umsetzung zu fassende Beschlüsse zu gegebener Zeit in den Ausschuss eingebracht werden.

Frau Pfaff bittet, an mehreren Ecken kleinere Fahrradabstellflächen, z. B. in Form von Fahrradbügeln, einzurichten.

#### **Beschluss:**

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

## Zu Punkt 9

### **Umgestaltung des Nicolaifriedhofs in einen Friedhofspark (Startphase) im Rahmen des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts Nördlicher Innenstadtrand (INSEK Nördlicher Innenstadtrand)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9083/2014-2020

Frau Hennen weist darauf hin, dass es eine missverständliche Pressebeurichterstattung gegeben habe. Aus der Tatsache, dass Angehörige mittels auf den Grabstätten befindlicher Steckschilder gebeten wurden, sich bei der Friedhofsverwaltung zu melden, sei abgeleitet worden, dass möglicherweise eine Umbettung beabsichtigt sei.

Sie stellt klar, dass dies nicht der Fall sei. Es seien keine Umbettungen geplant. Das Steckschild werde üblicherweise verwendet, wenn Kontakt zu Nutzungsberechtigten aufgenommen werden solle und keine aktuelle Adresse bekannt sei.

Der BUWB fasst folgenden

#### **Beschluss:**

**Die außer Dienst gestellte Abteilung 4 des Nicolaifriedhofs wird gemäß dargestelltem Entwurf schrittweise in einen „naturnahen“ Friedhofspark umgewandelt.**

- einstimmig beschlossen -

## Zu Punkt 10

### Vorstellung eines Konzeptentwurfes zur Entwicklung des Hockeyplatzes inklusiv Erläuterung der abgegebenen Vorschläge

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9137/2014-2020

Herr Thole dankt für die zügige Vorlage des Konzepts. Er fragt, wann bzw. über welchen Zeitraum die Umsetzung angedacht sei. Außerdem erwarte er, dass für die angekündigten Mehrstellen andere Stellen im Umweltbetrieb eingespart werden. Er wolle daher beantragen, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen.

Herr Seifert teilt mit, dass er das Konzept ebenfalls befürworte. Er habe allerdings auch Bedenken hinsichtlich der zusätzlichen Stellen und würde einem Antrag von Herrn Thole folgen.

Abgesehen davon habe der Vorschlag thematisch einige Überschneidungen mit dem Bauernhausmuseum. Er fragt, ob mit dem Trägerverein gesprochen worden sei, um auszuschließen, dass es zu einer Konkurrenzsituation komme.

Er merkt außerdem an, dass die umfangreiche Vorlage sehr kurzfristig zugesandt worden sei, sodass keine Zeit zur Verfügung gestanden habe, sie in der Ratsgruppe zu diskutieren bzw. sich näher zu informieren. Zudem habe ihn irritiert, dass die Zählungen im Umweltbetrieb bis auf drei Ausnahmen alle gleich gewesen seien.

Frau Stücken-Virnaun antwortet, dass das Konzept nach der Beschlussfassung sukzessive umgesetzt werde. Es müsse zunächst eine Detailplanung erstellt werden. Anschließend sei vorgesehen, gezielt Spendenmittel einzuwerben. In den Wirtschaftsplan seien vorsorglich finanzielle Mittel eingestellt worden, um handlungsfähig zu sein. Die weiteren Schritte müssten sich jedoch entwickeln.

Sie könne verstehen, dass der Wunsch bestehe, die beiden Mehrstellen innerhalb des Betriebes zu kompensieren. Sie sei immer bestrebt, den Betrieb zu optimieren und die Ergebnisse würden dies widerspiegeln. Sie habe jedoch auch eine Verantwortung ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber. Das Anliegen könne geprüft werden, sie sehe jedoch keine Aussicht auf Erfolg.

Dass die Zählung des Umweltbetriebes angezweifelt werde, mache sie betroffen.

Die Vorlage sei tatsächlich sehr spät versandt worden. Sie habe vor der Sommerpause zugesagt, die Vorlage in die Septembersitzung einzubringen und habe den Termin halten wollen. Die Fertigstellung sei aufgrund der Sommerferien nicht vorher möglich gewesen.

Herr Linnemann teilt mit, dass grundsätzlich Kontakt zum Bauernhausmuseum besteht, über dieses Konzept sei im Detail jedoch noch nicht gesprochen worden. Es sei allerdings auch nicht seine Absicht, eine Konkurrenz zum Bauernhausmuseum oder anderen Einrichtungen in der Umgebung aufzubauen. Im Tierpark liege der Schwerpunkt – anders als im Bauernhausmuseum - darauf, das Leben mit den Tieren darzustellen.

Frau Brinkmann weist darauf hin, dass die SPD dem Antrag von Herrn Thole nicht zustimmen werde, wenn er aufrechterhalten werde. In der Abteilung Forsten und Tierpark könne kein Personal eingespart werden. Zudem gehe sie davon aus, dass über etwaige Mehrstellen in einer sepa-

raten Beschlussvorlage zu entscheiden sei.

Sie finde es erfreulich, dass viele Spenden bereits eingegangen bzw. in Aussicht gestellt worden seien. Insgesamt sei es ein gelungenes Konzept. Sie regt an, dass dem Ausschuss in einem Ortstermin die Gegebenheiten vorgestellt werden.

Frau Pfaff teilt mit, dass sie das Konzept sehr gut finde. Sie sei froh, dass die langjährige Idee, den Hockeyplatz in den Tierpark zu integrieren, nun umgesetzt werde und der Tierpark somit erweitert werden könne. Wenn das Angebot vergrößert werde, müsse auch das Personal aufgestockt werden. Ihre Fraktion sei mit der Vorlage daher einverstanden. Zudem würde mit dem Beschluss zunächst nur über die Weiterentwicklung des Konzeptes beschlossen.

Herr Thole stellt klar, dass er das Konzept sehr gut finde. CDU und FDP hätten den Antrag gestellt und dafür gesorgt, dass der Hockeyplatz dem UWB zur Verfügung gestellt werde. Es sei unumstritten, dass das Konzept umgesetzt werden solle. Es könne nur nicht sein, dass zwei Mehrstellen beschlossen würden, bevor etwas geschaffen werde. Daher bitte er, die Möglichkeit zu prüfen, ob die Mehrstellen innerhalb des Umweltbetriebes kompensiert werden können.

Herr Stiesch weist darauf hin, dass er das Konzept als Ergänzung und nicht als Konkurrenz zum Bauernhausmuseum sehe. Neue Attraktionen würden mehr Aufwand und dementsprechend zusätzliches Personal benötigen. Zudem würden mit der Zustimmung zum Konzept nicht automatisch zwei Mehrstellen beschlossen, sondern diese müssten im Wirtschaftsplan abgebildet werden. Daher sollte der Vorlage zugestimmt werden.

Herr Schmelz teilt mit, dass er die Vorlage ebenfalls unterstütze und das Konzept hervorragend finde. Es sei schön, dass auch der Spielplatz erweitert werde. Der Tierpark sei insbesondere für Kinder sehr attraktiv. Ein solch kostengünstiges Naherholungsgebiet in Stadtnähe sei etwas Besonderes. Wenn eine Erweiterung gewollt sei, müsse auch der personelle Mehraufwand zur Verfügung gestellt werden.

Herr Werner stellt fest, dass das Konzept fraktionsübergreifend begrüßt werde. Es sei toll, dass Kindern die heimische Tierwelt nähergebracht werde.

Er schlägt vor, dass das Konzept beschlossen werde. Der Beschlussvorschlag werde jedoch dahingehend ergänzt, dass Mehrstellen im Rahmen der Wirtschaftsplanung darzustellen seien. Dies verdeutliche das ohnehin vorgesehene Verfahren und stelle klar, dass mit diesem Beschluss noch nicht über Mehrstellen entschieden werde.

Die Ausschussmitglieder sind mit dem Vorschlag einverstanden und fassen folgenden

### **Beschluss:**

**Der Betriebsausschuss des Umweltbetriebes beschließt, dem Vorschlag des Umweltbetriebes zur Entwicklung des Hockeyplatzes im**

**Heimat-Tierpark Olderdissen zuzustimmen.  
Mehrstellen sind im Rahmen der Wirtschaftsplanung darzustellen  
und zu behandeln.**

**- einstimmig beschlossen -**

**Zu Punkt 11      Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der  
Verwaltung zum Sachstand**

Es liegen keine Berichte vor.

---

Detlef Werner  
Vorsitzender

---

Andrea Wilmes  
Schriftführerin